

SPEKULIEREN FÜR DIE RENTE

von Christian Reiermann

Spekulieren für die Rente

ALTERSVORSORGE Der Atomfonds Kenfo soll künftig die Milliarden für das neue Generationenkapital investieren. Wie zockt es sich im staatlichen Auftrag?

Eine der am besten gefüllten Sparbüchsen der Republik steht an der Kurfürstenstraße 87 im Berliner Stadtteil Tiergarten. In einem elegant restaurierten Art-déco-Gebäude residiert der Kenfo. Was klingt wie eine japanische Kampfsportart, ist in Wirklichkeit Deutschlands größter Staatsfonds.

Die Langform des Namens verrät die Aufgabe: Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung. Der Kenfo ist ein Kind des Atomausstiegs. 2017 gegründet, verwaltet er die 24 Milliarden Euro, die die Kernkraftwerksbetreiber an den Staat zahlen mussten, um damit Abriss und Entsorgung sämtlicher deutscher Atommeiler zu finanzieren.

Geht es nach Finanzminister Christian Lindner (FDP) und Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD), werden dem Kenfo künftig noch mehr Aufgaben anvertraut – vor allem noch viel mehr Geld. Der Fonds soll jene Milliarden anlegen, mit denen die Bundesregierung eine kapitalgedeckte Stütze für die gesetzliche Rentenversicherung schaffen will. So steht es im Entwurf für das sogenannte Generationenkapital, besser bekannt als Aktienrente. Zehn Milliarden Euro sind dafür schon im Haushalt dieses Jahres eingeplant. Von 2024 bis 2035 will Lindner insgesamt 200 Milliarden Euro zuschießen.

Das Geld soll in eine neue Stiftung fließen, in deren Auftrag der Kenfo die Mittel am Kapitalmarkt anlegt. Mit den erwirtschafteten Erträgen möchten Lindner und Heil die Beiträge zur Alterssicherung deckeln.

Spekulieren für die Rente, lautet der neue Auftrag des Kenfo. »Das Geld wäre bei uns in guten Händen«, sagt Kenfo-Chefin Anja Mikus, 65. »Wir haben bewiesen, dass wir ein professioneller Anlagemanager sind und mit den uns anvertrauten Milliarden verantwortungsvoll umgehen.« Die endgültige Entscheidung liege bei der Politik. Kritiker zweifeln. Sozialverbände und Gewerkschaften fremdeln mit der Idee, zur Finanzierung der gesetzlichen Rente auch auf Aktien zu setzen.

Mikus arbeitet seit mehr als 30 Jahren in der Anlagebranche. Sie hält solche Bedenken für unbegründet. »Mit dem Generationenkapital würden keine Rentenbeiträge der Versicherten angelegt«, sagt sie. »Vielmehr wird ausschließlich Geld des Bundes investiert.« Er trage auch allein das Risiko.

Im Vergleich mit anderen Staatsfonds kann sich die bisherige Bilanz des Kenfo sehen lassen. Die Zielrendite von knapp vier Prozent hat er in den meisten Jahren seines Bestehens deutlich übertroffen. Ausnahme: das vergangene Jahr. Da fuhr der Kenfo einen Verlust ein, sein Kapital schrumpfte um 12,2 Prozent. Auslöser dafür war der russische Überfall auf die Ukraine. »2022 war aufgrund vieler externer Faktoren ein schwieriges Jahr an den Kapitalmärkten«, sagt Mikus. Ist es also doch keine so gute Idee, die gesetzlichen Renten auch dem Kenfo anzuvertrauen? »Unser Ergebnis war kein Ausreißer, alle Fonds und vergleichbaren Institutionen hatten in ähnlicher Größenordnung zu leiden«, so Mikus.

Trotz des Rückschlags und Überweisungen an den Bund für die Abwicklung der Atomenergie von drei Milliarden Euro verzeichnete der Kenfo bis Ende 2022 einen Vermögenszuwachs von 1,8 Milliarden Euro. 2023 erholte sich das Portfolio deutlich. Bis Ende Juli legte es um sieben Prozent zu. Von derzeit 47 Mitarbeitern sind knapp 20 gelernte Investmentbanker. Eigenständig gehandelt wird beim Kenfo nicht. Dafür hat er Banken und Fonds beauftragt.

Mikus und ihre Leute sind frei bei ihrer Entscheidung, wie sie das Geld anlegen. Derzeit stecken 46 Prozent des Kapitals in Aktien, 28 Prozent in Anleihen von Unternehmen und Schwellenländern, 8 Prozent in Staatsanleihen von Industrieländern. 7,7 Prozent seines Geldes hat der Kenfo in nicht börsennotierte Anlagen investiert, auch Beteiligungen an Unternehmen sind möglich.

Manchmal bekommt Mikus Anlagetipps aus der Politik, etwa wenn ein Abgeordneter

ein lohnendes Investment in seinem Wahlkreis wittert. »Wir schauen uns alles an«, sagt Mikus. Am Ende gehe es um Renditeziele, wobei Risiko und Nachhaltigkeitsstrategie beachtet würden.

Gleich drei Regierungsressorts kontrollieren den Kenfo, was die Sache etwas kompliziert macht. Federführend ist das Wirtschaftsministerium, weil es für die Kernenergie zuständig war. Beteiligt ist auch das Umweltministerium, weil es für die Reste der Kernenergie zuständig ist. Und da es um viel Geld geht, darf das Finanzministerium nicht fehlen. Es hat sich ausbedungen, der Federführung der Kollegen vom Wirtschaftsressort zum Trotz, alle Personalien des Kenfo zu entscheiden. Das Wirtschaftsministerium wiederum stand wochenlang auf der Bremse, weil es Lindners Idee eines Kapitalmarktelements in der Rentenversicherung nicht traut.

Geht es nach den Beamten des Finanzministers, soll der Kenfo so etwas werden wie der Nukleus für eine zentrale Anlagestelle des Bundes. Derzeit bestückt Berlin eine Reihe von Geldtöpfen, etwa die »Versorgungsrücklage des Bundes«, den »Versorgungsfonds des Bundes« sowie den »Versorgungsfonds der Bundesagentur für Arbeit«. Sie dienen dazu, Pensionslasten in der Zukunft zu mildern. Die beiden ersten unterstehen dem Innenministerium, der letzte dem Arbeitsministerium. Hinzu kommt der »Pflegevorsorgefonds«, der die Beiträge zur Pflegeversicherung stabilisieren soll. Zuständig ist das Gesundheitsressort.

Den Wildwuchs wollen Lindners Experten beseitigen. Ihre Idee: Die unterschiedlichen Fonds samt ihren mehr als 30 Milliarden Euro ließen sich unter dem Dach einer neuen Anlagegesellschaft des Bundes vereinigen. Darin könnte auch der Kenfo mit seiner Erfahrung und Expertise aufgehen. Die Aufsicht über den Superstaatsfonds hätte dann – selbstredend – das Finanzministerium.

Christian Reiermann